

Wo sehen die Frauen ihre Probleme?

Das Konzept der CDU heißt Partnerschaft

Frauen entscheiden Wahlen. Es gibt mehr weibliche Wähler als männliche. Auch 1980 stellen die Frauen mit 54,8 % die Mehrheit der Wähler. Während in den 50er und 60er Jahren jeweils mehr Frauen als Männer die CDU/CSU wählten — der Vorsprung erreichte bis zu 10 % — verringerte sich dieser Vorsprung 1972 erheblich zugunsten der SPD. 1972 verlor die Union 4,6 % bei den Frauen. Obwohl sie damals bei den Männern 2,4 % gewann, bedeutete das, daß sie insgesamt schlechter abschnitt als 1969. 1976 gewann die CDU/CSU zwar bei den Frauen wieder dazu; der Zugewinn blieb aber weiter unter dem der Männer (4,2 % gegenüber 2,8 %).

1. Zielgruppe Frauen

1969 wählten 40,6 % der Männer und 50,6 % der Frauen CDU/CSU,

1972 wählten 43,0 % der Männer und 46,0 % der Frauen CDU/CSU,

1976 wählten 47,2 % der Männer und 48,8 % der Frauen CDU/CSU.

(Statistisches Bundesamt)

Seit 1972 wird davon gesprochen, daß sich das Wahlverhalten von Männern und Frauen angeglichen habe, und zwar sowohl in bezug auf die Stimmabgabe als auch in bezug auf die Wahlbeteiligung. 1969 betrug die Differenz bei der Wahlbeteiligung von Männern und Frauen noch 2,6 %, 1972 waren es noch 1,2 % und 1976 nur noch 0,8 %. Diese Angleichung des Wahlverhaltens, die vom Ergebnis her mit Recht festgestellt wird, darf jedoch nicht vergessen lassen, daß dabei bei den Männern die Stimmen für die Union zunahmen, während sie bei den Frauen immer noch unter den früher erzielten Ergebnissen geblieben sind.

Gestört sind also die bis in die 60er Jahre richtigen Einschätzungen des politischen Verhaltens von Frauen als traditionell stabil und zugunsten der CDU/CSU ausgerichtet endgültig zu verabschieden. Es bedarf im Gegenteil besonderer Anstrengungen, die Frauen zu gewinnen.

„Die“ Frau gibt es nicht

Gibt es sie überhaupt — „die“ Frau? Welche Situation ist typisch für die Frau von heute? Keine. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß Frauen heute in sehr viel verschiedenen Lebenssituationen stehen als früher und daß daher ihre Interessen und Motivationen eher von Merkmalen wie Bildung, Status, familiärer Situation und Alter bestimmt sind, als von der Tatsache, Frau zu sein. In Kürze ergibt sich folgendes statistisches Bild:

In der Bundesrepublik Deutschland lebten am 31. Dezember 1979 32 122 300 Frauen. 23,1 Mill. davon sind wahlberechtigt (wahlberechtigte Männer 19,7 Mill.). Während unter den jüngeren Wahlberechtigten die Männer überwiegen, gibt es in der Altersgruppe der Wahlberechtigten über 50 Jahre mehr Frauen.

Wahlberechtigte Männer und Frauen

unter 21 Jahren	1,3 Mill. Frauen	1,4 Mill. Männer
21 bis unter 45 Jahren	9,2 Mill. Frauen	9,4 Mill. Männer
45 bis unter 60 Jahren	5,6 Mill. Frauen	4,8 Mill. Männer
ab 60 Jahren	7,1 Mill. Frauen	4,0 Mill. Männer

(Statistisches Bundesamt, Circa-Zahlen)

Erwerbstätigkeit

Über ein Drittel aller Frauen ist erwerbstätig. Im April 1979 waren 9 860 000 Frauen erwerbstätig, davon

5 017 000 Angestellte	509 000 Selbständige
3 120 000 Arbeiterinnen	392 000 Beamtinnen
823 000 mithelfende Familienangehörige	(Statistisches Bundesamt)

Die meisten arbeiten im Büro. 40 % der weiblichen Auszubildenden verteilen sich auf die vier Berufe Verkäuferin, Friseurin, Arzthelferin, Zahnarzthelferin.

Hausfrauen und Mütter

Die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen ist angestiegen, obwohl sich der Anteil der verheirateten Frauen zur Bevölkerung kaum verändert hat. Am 31. Dezember 1978 waren 47,2 % aller Frauen verheiratet (63 % der erwerbstätigen Frauen), 14,4 % verwitwet (5,3 % der erwerbstätigen Frauen), 2,9 % geschieden (5 % der erwerbstätigen Frauen).

Von den erwerbstätigen Frauen haben 18,3 % ein Kind, 9,4 % zwei und 3 % drei und mehr Kinder unter 15 Jahren.

Rund 10 Mill. Frauen haben sich ausschließlich für eine Berufstätigkeit in der Familie entschieden.

(Statistisches Bundesamt)

Zahlen machen Probleme deutlich

Im Schnitt verdienen Industriearbeiterinnen am 31. Januar 1980 pro Stunde 9,79 DM; Angestellte in Industrie, Handel, Versicherungen und an Kreditinsti-

tuten 2 106,— DM im Monat (11,97 DM pro Stunde), Arbeiterinnen erhalten im Schnitt 30 %, Angestellte 38 % weniger als die männlichen Kollegen.

Die durchschnittliche Arbeiterrente von Frauen beträgt 574,— DM gegenüber 1 048,70 DM bei den Männern. Weibliche Angestellte haben eine Durchschnittsrente von 916,80 DM gegenüber 1 498,70 DM bei männlichen Angestellten. (Laut Rentenbericht der Bundesregierung vom 1. Januar 1980).

Der Anteil der Frauen unter den Sozialhilfeempfängern betrug 1978 wie 1977 61 %. Bei den 60jährigen und über 60jährigen waren 1978 sogar 78 % Frauen.

Was als wichtig angesehen wird

Politik gehört nicht zu den wichtigsten Dingen im Leben des einzelnen. Obenan stehen Familie, Beruf, Freizeit, Sport. Dies vorausgesetzt, sind die zentralen politischen Anliegen bei Männern und Frauen dieselben: Rentensicherung, Wirtschaft/Preise, Arbeitslosigkeit, Energie, Umwelt und innere Sicherheit gehören dazu. Die Priorität wird je nach Lebenssituation auf verschiedene Bereiche gelegt. Die Schulabgängerin interessiert sich mehr für Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die ältere Frau für Rentenfragen. Ein Unterschied liegt jedoch in der Bewertung der Frage der Gleichberechtigung. Diese Frage hat selbstverständlich bei den Frauen einen höheren Stellenwert als bei Männern. Die Zahl derer, die der Ansicht sind, die Gleichberechtigung sei weitgehend verwirklicht, hat in den letzten Jahren sehr abgenommen:

- Von 1974 bis 1976 um 5 % bei den Frauen und um 4 % bei den Männern
- 54 % der Frauen sehen die Chancen, im Leben zu etwas kommen, ungerecht verteilt.
- Im Beruf sahen 1975 65 % die Männer im Vorteil (1967 waren es nur 44 %, die das so sahen).

Dennoch sind 86 % der Frauen eher zufrieden mit dem, was sie im Leben erreicht haben und wie sie mit den Problemen fertig geworden sind. Diese Zufriedenheit betrifft vor allem das Familienleben, das Wohnen, die Sozialleistungen und den Beruf.

Wo sehen die Frauen ihre Probleme?

Nach einer Emnid-Untersuchung vom September 1979 ergibt sich (bezogen auf ausgewählte „Frauen-Themen“) folgende Rangfolge:

Problem	Problemindex „sehr wichtig“	Problem	Problemindex „sehr wichtig“
Altersversorgung	82 %	Wohnzufriedenheit	40 %
Berufsausbildung	79 %	Verbraucheraufklärung	33 %
Kindererziehung	71 %	Politik	28 %
Schule	69 %	Großstadtprobleme	24 %
persönliche Sicherheit	63 %	Kirche und Glaube	21 %
Arbeitslosigkeit	62 %		

Politisches Interesse

Frauen sind zu 20 % weniger an Politik interessiert als Männer. 79 % sind der Auffassung, daß Politiker sich nicht viel darum kümmern, was kleine Leute denken. Mehr Frauen als Männer fühlen sich von den politischen Parteien enttäuscht.

Informationsverhalten

Die Existenz der sogenannten Frauenpresse zeigt, daß Frauen ein anderes Kommunikationsverhalten haben als Männer. Die Frauenzeitschrift „Brigitte“ wird z. B. von über 4 Mill. Frauen gelesen, „Für Sie“ von fast 3 Mill. und die „Freundin“ noch von weit über 2 Mill. Übertroffen werden die Frauenzeitschriften jedoch von der Boulevard- und der Regenbogen-Presse.

Differenziert und eingebunden in die Gesamtwahlaussage

Unter gleichen Lebensumständen haben Frauen mehr mit den Männern in der gleichen Situation gemein als mit Frauen aus anderen Lebenskreisen. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß Frauen teilweise andere Probleme haben als die Männer. Dieser Bereich läßt sich zusammenfassen unter dem Aspekt der noch nicht voll in die Wirklichkeit umgesetzten gleichen Chancen, wie sie das Grundgesetz in seinem Artikel 3 garantiert.

Wer Frauen ansprechen will, muß dies berücksichtigen und die Zielgruppe Frauen in ihren jeweiligen Teilgruppen sehen.

2. Politik für Frauen

Versagen der SPD

Der Ankündigung der ersten SPD/FDP-Bundesregierung, nun werde die Gleichberechtigung der Frau mit schnellen Schritten vorankommen, folgten keine Taten. SPD/FDP haben in den vergangenen Jahren ihre Chance gehabt — und verspielt. Ihr Unvermögen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch im täglichen Leben zu verwirklichen, hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich ein großer Teil der Frauen immer weiter von der Politik entfernt und die aktive Mitgestaltung des politischen Lebens außerordentlich pessimistisch beurteilt.

Nach dem Verständnis der SPD setzt die volle Gleichberechtigung der Frau erst dann ein, wenn sie Arbeitnehmerin geworden ist. Denn, so heißt es sinngemäß im Orientierungsrahmen der SPD, „nur die bezahlte Erwerbstätigkeit verschaffe den Frauen materielle Unabhängigkeit, soziale Kontakte, Selbstbestätigung und Anerkennung“. Auch im Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahlen 1980 ist nur von der erwerbstätigen Frau die Rede. So war es auch schon im Europawahlprogramm dieser Partei.

Pikant ist der totale Gleichklang mit Friedrich Engels, der einst „Die Wieder-

Einführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie“ zur Vorbedingung für die Gleichberechtigung der Frau erklärt hatte.

Dabei betreibt die SPD eine Doppelstrategie. In offiziellen Erklärungen und Reden, besonders der Familienministerin und in Wahlkampfzeiten, wird von Wahlfreiheit und vom Wert der Familie gesprochen. Die tatsächliche Politik geht jedoch zu Lasten dieser und ist einseitig auf die erwerbstätige Frau ausgerichtet. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, daß alle gesetzlichen Maßnahmen von der außerhalb der Familie berufstätigen Frau als Normalfall ausgehen. Daneben werden alle Maßnahmen unterstützt, durch die bedeutende Funktionen der Familie durch die Gesellschaft übernommen werden sollen. Zur ideologisch motivierten Ungerechtigkeit gegenüber Frauen, die in der Familie tätig sind und sein wollen, kommt die Unfähigkeit, auch die Probleme der erwerbstätigen Frauen zu lösen. Beispiele dafür sind:

■ Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben SPD und FDP versagt. **Während nur ein Drittel der Erwerbstätigen Frauen sind, liegt ihr Anteil bei den Arbeitslosen über 50 %.** Die Krise auf dem Arbeitsmarkt trifft Frauen und Mädchen besonders hart. Viele stecken in hoffnungsloser Dauerarbeitslosigkeit. Viele resignieren auch und verzichten darauf, sich arbeitslos zu melden.

■ Ein falscher Weg wurde mit der Einführung eines Mutterschaftsurlaubsgeldes für Arbeitnehmerinnen, das am 1. Juli 1979 in Kraft getreten ist, beschritten. **Das Mutterschaftsurlaubsgeld diskriminiert alle nicht erwerbstätigen Hausfrauen und Mütter, auch Selbständige und im Familienbetrieb mithelfende Frauen.** Das Resultat: Seit dem 1. Juli 1979 gibt es zwei Klassen von Müttern.

■ Auch auf dem Feld der Rentenpolitik wurde dem Interesse der Frauen zuwider gehandelt. Mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz vom März 1978 hat die Bundesregierung die Rentenanpassungssätze unter das Niveau der Bruttolohnzuwächse für die Jahre 1979 bis 1981 gesenkt. **Die pauschale Rentenkürzung benachteiligt vor allem Frauen, da sie häufig nur kleine Renten beziehen.**

■ Immer noch besitzen Frauen, soweit sie nicht erwerbstätig sind, keinen eigenen Anspruch auf soziale Sicherung bei Unfall, Invalidität und im Alter. Die Bundesregierung mußte 1975 erst durch das Bundesverfassungsgericht dazu gezwungen werden, eine Reform der sozialen Sicherung einzuleiten, die Mann und Frau gleichstellt. **Das vom Wahlparteitag der SPD verabschiedete Rentenkonzept sieht die Anerkennung eines einzigen Erziehungsjahres bei der Rentenberechnung für die Mutter vor. Dies ist eine Beerdigung dritter Klasse der Gleichberechtigung der Frauen, die sich für die Aufgabe in der Familie entschieden haben.**

■ Mit bürokratischen Maßnahmen, die zudem weitgehend wirkungslos sind, haben SPD und FDP das Scheitern ihrer Politik nur unzulänglich zu verdecken vermocht. **Die Einrichtung von „Frauenbeauftragten“ oder „Leitstellen für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau“ verfolgt hauptsächlich kosmetische Zwecke.** Folgerichtig ist die bürokratische Neuerung in Nordrhein-Westfalen schon bald gescheitert.

Auch das alle Bereiche einschließende, umfassende Antidiskriminierungsgesetz, das vor allem von der FDP, aber auch von der SPD gefordert wird, kann dieses Allheilmittel nicht sein. Wenn schon das jetzt im Bundestag noch schnell verabschiedete Gesetz zur Gleichbehandlung der Frau am Arbeitsplatz, das sogenannte EG-Anpassungsgesetz, in seinem relativ kleinen Anwendungsbereich nach einhelliger Meinung der Experten, gleich welcher Couleur, keine Verbesserung für die Frauen erzielen kann, wieviel weniger dann ein alle Lebensumstände regeln wollendes Supergesetz. Solche pauschalen Lösungsvorschläge gehen an der Wirklichkeit vorbei.

Leistungen der CDU

Eine wirkungsvolle Politik für die Frau muß differenzierte Lösungsvorschläge erarbeiten. Nur dann kann mehr Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht werden. Sonst werden den Frauen neue einseitige Leitbilder vorgeschrieben, alte Zwänge gegen neue eingetauscht. Politik zur Sicherung der Gleichberechtigung im Alltag hat zum Ziel, die Wahlfreiheit für Frauen und damit auch für die Männer zu ermöglichen, ihren Lebensweg selbst zu bestimmen. Frauen sollen selbst entscheiden, „ob sie ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder in einer außerhäuslichen Berufstätigkeit oder in der Verbindung von Familie und außerhäuslicher Berufstätigkeit finden“ wollen. (Grundsatzprogramm der CDU)

Bereits in der Vergangenheit hat die CDU wichtige Maßnahmen für die Gleichberechtigung der Frauen auf den Weg gebracht:

■ **Als erste Partei berief die CDU Frauen in Regierungsämter** (Dr. Christine Teusch, Kultusminister in Nordrhein-Westfalen 1947; Dr. Elisabeth Schwarzhaupt 1961, erste Bundesministerin in Adenauers Kabinett).

■ **1957 wurde das Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet**, das die Zugewinnsgemeinschaft in das Bürgerliche Gesetzbuch einführte. Sie bedeutet, daß während einer Ehe entstandenes Vermögen als von beiden Ehepartnern erworben gilt.

■ **Mit der Frauen-Enquete 1966 veranlaßte die CDU-geführte Bundesregierung erstmalig einen umfassenden Bericht über die Situation der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft.**

■ **1969 verbesserte die Bundesregierung unter einem CDU-Kanzler mit dem Arbeitsförderungsgesetz den Zugang der Frauen zur beruflichen Bildung und machte die Rückkehr in den Beruf möglich.** Der prinzipielle Unterschied zur SPD/FDP-Politik ist deutlich: Das Arbeitsförderungsgesetz stellt die einzige Rechtsvorschrift dar, in der nicht erwerbstätigen Ehefrauen zu Lebzeiten des Ehemannes eigenständige Ansprüche (Unterhaltsgeld) zugestanden werden.

■ **1972 wurde auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Rentenversicherung für Selbständige und Hausfrauen geöffnet.**

■ **1973 wurde die von der CDU geforderte Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ eingesetzt**, die in dieser Legislaturperiode ihren Abschlußbericht vorlegen wird.

Unser Weg heißt Partnerschaft

Die Durchsetzung der Partnerschaft für Mann und Frau in allen Bereichen zählt zu den Kernpunkten politischer Programme der CDU. Der wegweisende Beschluß „Frau und Gesellschaft“ des Mannheimer Parteitages von 1975 und das Grundsatzprogramm. Vorrangige Ziele sind:

Die Arbeit der Hausfrau und Mutter hat den gleichen Wert wie die der erwerbstätigen Frau. Die Hausfrau muß deshalb auch sozial abgesichert werden. Familienleistungen der Frau stellen ebenso einen Beitrag zum Generationenvertrag dar wie Beitragszahlungen aus Erwerbseinkommen. Bei der Rentenberechnung ist die Kindererziehung anzuerkennen. Eine spezielle Unfallversicherung soll Hausfrauen und Mütter vor den sozialen Folgen von Unfall und Invalidität schützen.

Mit ihren Vorschlägen zur Reform der Rentenversicherung macht die CDU mit der Gleichberechtigung der Frau auch in der Sozialversicherung Ernst. Der in der Familie tätige Ehepartner soll durch die Anerkennung von Familienleistungen einen eigenständigen Rentenanspruch erwerben, in dem je Kind 5 Erziehungsjahre rentensteigernd anerkannt werden. Eine Mutter mit 3 Kindern kann nach diesem Konzept der CDU 15 Erziehungsjahre erhalten und damit einen eigenen Rentenanspruch erwerben.

Die Union wird als Sofortmaßnahme nach Übernahme der Regierungsverantwortung die Diskriminierung der nichterwerbstätigen Hausfrau und Mutter beim Mutterschaftsgeld beseitigen und sicherstellen, daß auch diese Mütter bei der Geburt eines Kindes für die Dauer von 6 Monaten ein Mutterschaftsgeld in Höhe von 500,— DM monatlich erhalten.

Weiterhin soll bis 1984 ein Erziehungsgeld von 400,— DM monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes eingeführt werden. Das ist nur gerecht, weil Kindererziehung auch gesellschaftlich eine hoch zu veranschlagende Leistung ist. Das ist wichtig, weil es die Eltern ermutigt, genügend Zeit für ihre Kinder aufzubringen.

Eine wirksame Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muß darauf zielen, den Berg der überdurchschnittlich hohen Frauenarbeitslosigkeit abzutragen. Dabei kommt der Schul- und Berufsausbildung große Bedeutung zu. Sie verbessert die Chancen der Frau im Arbeitsleben und mindert das Risiko von Arbeitslosigkeit. Die Entlohnung muß endlich der Tatsache Rechnung tragen, daß Frauenarbeit nicht leichter und einfacher ist, sondern vielfach körperlich und psychisch mehr belastet als sogenannte „schwere“ Arbeit. Es muß endlich selbstverständlich werden, daß Frauen bei gleicher Leistung und gleichwertiger Arbeit auch gleichen Lohn erhalten. Wichtig ist, das Getto der wenigen Frauenberufe aufzubrechen. Höhere Positionen müssen Frauen ebenso offenstehen wie Männern. Dem öffentlichen Dienst kommt hier Schrittmacherfunktion zu.

Berufs- und Familienaufgaben müssen besser miteinander vereinbar sein. Schritte auf dem Wege dorthin sind vor allem eine flexiblere Arbeitsgestaltung etwa durch Teilzeitarbeit und die Erleichterung des Wiedereintritts in das Erwerbsleben nach der Phase der Kindererziehung. Wer über lange Zeit hinweg zu Hause für die Familie arbeitet, darf dafür nicht mit dem faktischen Ausschluß aus dem Berufsleben bestraft werden. Eine einmal erreichte Qualifikationsbasis darf nicht verlorengehen. Die Betonung von Weiterbildung gehört, weil sie den Kontakt zur Berufswelt erhalten kann, in diesen Zusammenhang.

Partnerschaft zwischen Mann und Frau darf die Politik nicht ausklammern. Frauen müssen endlich in der Politik und im gesellschaftlichen Leben unbehindert von tradierten Rollenmißverständnissen und administrativen Hürden den Part übernehmen, der ihnen zukommt.

In den Ländern, in denen die CDU Regierungsverantwortung trägt, hat sie bedeutende Schritte unternommen, um die Wahlfreiheit für Frauen auszubauen, z. B. durch das Modell „Mutter und Kind“ in Baden-Württemberg, den Modellversuch „Erziehungsgeld“ in Niedersachsen und die Förderung der Teilzeitarbeit in den CDU-regierten Ländern. Das CDU-regierte Rheinland-Pfalz hat mit seiner Studie über die Teilzeitarbeit wichtige Erkenntnisse zu Tage gebracht: 92,5 % der angebotenen Stellen könnten auch in Teilzeit besetzt werden.

Mit der Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl in den Wahlkreisen und auf den Listen hat die CDU deutlich gemacht, daß sie Frauen in der Politik will:

- Auf Platz 2 der Landeslisten in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein stehen Frauen,
- unter den ersten 7 Plätzen der Landesliste Nordrhein-Westfalen sind 3 Frauen,
- zur Wahlkampfmannschaft des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß gehören 2 Frauen.

Die CDU ist für die Frauen da. Diesem Anspruch stellt sich die CDU mit ihrer Politik der Gleichberechtigung durch Wahlfreiheit in Partnerschaft. Es gibt keine Politik für „die“ Frau, es gibt nur eine Politik für Frauen, die differenziert von der Lebenswirklichkeit der Frauen ausgeht und die Chancen für die Frauen erweitert. Überholte, marxistische Emanzipationsvorstellungen sind nicht geeignet, wirkliche Gleichberechtigung zu erreichen. Nur durch ein Miteinander und gleichberechtigtes Zusammenarbeiten von Mann und Frau in der Familie, in der Arbeitswelt und in allen gesellschaftlichen Bereichen sind die bestehenden Konflikte zu lösen.

Die Politik der SPD/FDP ist wirklichkeitsfremd, ideologieblind, partnerschaftsfeindlich. Nur die CDU hat das freiheitliche Konzept für eine lebenswerte Zukunft für alle Frauen: Das Konzept der CDU heißt Partnerschaft.